



Nr. 5

2. Februar 2024

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

dbb für Planungssicherheit

[Krankenhausreform: Mehr Tempo gefordert](#)

Empfang für Betriebs- und Personalräte

[Saarland: Silberbach mit Nikolaus-Warken-Preis ausgezeichnet](#)

Tag der Frauenherzgesundheit

[dbb frauen fordern bessere Gesundheitsprävention](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Besoldungsanpassung wird wohl im Februar im Abgeordnetenhaus beraten](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Gesetz zur Besoldungsanpassung: dbb m-v nimmt Stellung](#)

Baden-Württemberg

[BW unterstützt „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“](#)

Rheinland-Pfalz

[Lenz: Investitionen in Daseinsfürsorge fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn: Streiks vorzeitig beendet, Verhandlungen laufen wieder](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Finanzausschuss im Bundestag berät über Bekämpfung von Geldwäsche](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[62. Verkehrsgerichtstages: Verkehrssicherheitsarbeit gestärkt](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

---

dbb für Planungssicherheit  
**Krankenhausreform: Mehr Tempo gefordert**

**Reformen sind nicht nur in Hinblick auf Patientenwohl und Finanzierung von Bedeutung – Bund und Länder müssen auch die Beschäftigten der Kliniken im Blick haben.**

Eigentlich wollte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Ländern bis Mitte Januar 2024 einen überarbeiteten Gesetzesentwurf zur Krankenhausreform vorlegen. Doch das ist bislang nicht passiert. „Der Gesundheitsminister verbreitet Optimismus, aber ich fürchte, dass wir in Zeitnot kommen“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach nach der Gesundheitsministerkonferenz am 30. Januar 2024. Es sei fraglich, ob das Vorhaben, das Gesetz am 24. April 2024 im Bundeskabinett zu beraten, noch zu halten sei. „Es sind einfach noch zu viele Fragen offen.“

Kern der Krankenhausreform bilden die Umstellung des Finanzierungssystems und der

Umbau der Krankenhauslandschaft. Sobald Klinikzusammenlegungen und Spezialisierungen im Raum stehen, hat das zwangsläufig auch Folgen für die Beschäftigten. „Das führt zu großen Unsicherheiten, was in Zeiten des Fachkräftemangels fatal ist. Ich erwarte, dass der Gesundheitsminister diese Unsicherheiten ausräumt, die Beschäftigten auf dem Reformweg mitnimmt und nicht vor vollendete Tatsachen stellt“, so Silberbach und appellierte an die Beteiligten: „Rauft Euch zusammen! Wir brauchen diese Reform. Je schneller, desto besser. Die Menschen und die Beschäftigten wollen endlich Gewissheit, wie es weitergeht.“

Empfang für Betriebs- und Personalräte  
**Saarland: Silberbach mit Nikolaus-Warken-Preis ausgezeichnet**

**Die CDU-Landtagsfraktion würdigte den dbb Bundesvorsitzenden für sein gewerkschaftliches Engagement. Es gibt noch viel anzupacken, machte Silberbach in seiner Dankesrede deutlich.**

„Es waren Persönlichkeiten wie Nikolaus Warken, die unserer heutigen modernen Gewerkschaftsarbeit den Weg geebnet haben“, sagte Silberbach am 29. Januar 2024 auf dem Empfang für Betriebs- und Personalräte der CDU-Landtagsfraktion in Saarbrücken. Auf der Veranstaltung nahm der dbb Bundesvorsitzende den Preis entgegen, der nach dem Streikführer im Saarrevier benannt ist, der von 1851 bis 1920 lebte. „Der Preis ist nicht nur eine große Ehre, sondern auch ein wichtiges Signal des Dankes und der Wertschätzung. Ich nehme ihn stellvertretend für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entgegen.“ Nicht zuletzt erfüllt der Preis auch die wichtige Funktion, die Bedeutung des gewerkschaftlichen Engagements in den Fokus zu rücken.

Und das sei gefragter denn je, machte Silberbach deutlich. Der Personalmangel im öffentlichen Dienst ist eklatant, mehr als 550.000 Beschäftigte fehlen. Hinzu kommt: Das Vertrauen

in den Staat ist auf dem Tiefpunkt. Nur noch 27 Prozent der Menschen glauben, dass er seinen Aufgaben gewachsen ist. „Mit Floskeln wie Wumms, Doppelwumms oder Deutschland-Tempo ist es nicht getan“, unterstrich der Bundesvorsitzende. „Denn die Menschen messen die Politik nicht an Floskeln. Sie messen die Politik an Taten!“

Was zu tun ist? Der dbb fordert ein umfassendes Maßnahmenpaket. „Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, ganz einfach. Das betrifft natürlich harte Faktoren wie die Einkommen, aber auch das allgemeine Arbeitsumfeld“, ergänzte Silberbach im Interview mit der Saarbrücker Zeitung. Es sei jungen Menschen nicht zu vermitteln, dass viele Behörden noch mit dem Faxgerät arbeiten. „Wir müssen bei der Digitalisierung das Schneckentempo abstellen und endlich den Turbo einlegen!“  
Zum vollständigen Interview mit der [Saarbrücker Zeitung](#).

---

## Tag der Frauenherzgesundheit dbb frauen fordern bessere Gesundheitsprävention

**Weltweit sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen die häufigste Todesursache. Anlässlich des Tages der Frauenherzgesundheit rücken die dbb frauen das Thema in den Fokus.**

„Frauenherzen schlagen anders – es ist Zeit, dass wir genau hinhören“, sagte Milanie Kreutz, Bundesvorsitzende der dbb frauen, am 2. Februar 2024, dem Tag der Frauenherzgesundheit. „Mit genau hinhören meine ich, dass wir den spezifischen Risiken und Symptomen bei Frauen mehr Aufmerksamkeit widmen. Über allem steht eine Gesundheitsversorgung, die nicht diskriminiert, und auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern Rücksicht nimmt. Mehr Fokus auf die Gendermedizin als festen Bestandteil der medizinischen Ausbildung könnte die Gesundheitsversorgung von Frauen deutlich verbessern.“

Kreutz sieht zudem Nachholbedarf bei den Beihilferegelungen für Beamtinnen und Beamte: „Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen zunehmend Kosten für Präventionsmaßnahmen“, erklärte sie. „Ganz entscheidend ist, dass wir die Präventionsmaßnahmen

auch in den Beihilfekatalog bekommen. Was im Sinne der Frauengesundheit ist, gehört bezuschusst. Gute Vorsorge sollte nicht vom Status abhängen.“

Nicht zuletzt nimmt die Bundesvorsitzende der dbb frauen auch die Arbeitgebenden in die Pflicht. Stress sei ebenfalls ein Aspekt, der enorme Auswirkungen auf die Gesundheit haben könne. Das gelte insbesondere für Frauen ab dem 57. Lebensjahr. Kreutz: „In einer Welt, die sich immer schneller dreht, müssen wir den Wert regelmäßiger Auszeiten anerkennen. Pausen sind ein kraftvolles Instrument für langfristige Gesundheit und Produktivität. Sie ermöglichen es, Kraft zu schöpfen und mit neuer Energie an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Wenn Arbeitgebende diese Vision leben und im betrieblichen Gesundheitsmanagements verankern, profitieren wir alle davon.“

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Berlin

### **Besoldungsanpassung wird wohl im Februar im Abgeordnetenhaus beraten**

**Finanzsenator Stefan Evers hat dem dbb berlin mitgeteilt, dass der Gesetzentwurf zur zeitgleichen Übertragung des Tarifabschlusses mit den Ländern auf den Besoldungs- und Versorgung voraussichtlich bereits Anfang Februar im Abgeordnetenhaus behandelt wird.**

Neben der zeitgleichen Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge (November 2024 und Februar 2025) wird in dem Entwurf auch die Gewährung einer Inflationsausgleichsprämie an die beamteten Dienstkräfte und versorgungsberechtigten Personen des Landes Berlin erfasst, heißt es in einem entsprechenden Schreiben des Finanzsenators weiter. Ein weiterer Gesetzentwurf für eine Besoldungs- und Versorgungsanpassung werde voraussichtlich im zweiten oder dritten Quartal 2024 dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zur Angleichung an das Bundesgrundniveau verweist Evers in seinem Schreiben auf die Festlegung im Koalitionsvertrag: „Wir wollen

die Vergütung unserer Beschäftigten binnen fünf Jahren schrittweise auf das Bundesgrundniveau anheben.“ Und weiter: „Diese Vorgabe wird selbstverständlich und auch unter Beachtung der vom Bundesverfassungsgericht zur amtsangemessenen Alimentation aufgestellten Parameter im Rahmen der anstehenden Besoldungs- und Versorgungsanpassung berücksichtigt werden.“ Welche konkreten Maßnahmen zur Angleichung an das Bundesgrundniveau im Einzelnen ergriffen werden, werde derzeit geprüft. Der dbb berlin hatte den Finanzsenator zuvor aufgefordert, bei der vorgesehenen Anpassung der Berliner Landesbesoldung an das Bundesgrundniveau auch den Mindestabstand zu dem zum 1. Januar 2024 angehobenen Bürgergeld zu berücksichtigen.

Der dbb berlin teilte am 31. Januar 2024 außerdem mit, dass er im Rahmen der Verbän-

debeteiligung zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung die Möglichkeit haben werde, zu den konkreten Vorschlägen Stellung zu nehmen.

## Mecklenburg-Vorpommern

### **Gesetz zur Besoldungsanpassung: dbb m-v nimmt Stellung**

#### **Der dbb m-v hat im Rahmen einer verkürzten Verbandsanhörung Stellung zum geplanten Gesetz zur Anpassung von Besoldung und Versorgung genommen.**

Ausgehend von dem Tarifergebnis mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder sollen zum 1. November 2024 alle Grundgehälter um 200 Euro erhöht werden. Die Anwärterbezüge steigen um 100 Euro. Erhöht werden sollen die auch mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 Mecklenburg-Vorpommern im Zuge der linearen Anpassung erhöhten weiteren Dienstbezüge, mit Ausnahme des Familienzuschlags, für dritte und weitere zu berücksichtigende Kinder um 4,76 Prozent entsprechend des nach dem Vorbild der Tarifeinigung umgerechneten Sockelbetrages erhöht werden – dies betrifft unter anderem auch die Amts- und Stellenzulagen.

Zum 1. Februar 2025 sollen dann die bereits zum 1. November 2024 erhöhten Grundgehälter und weiteren Dienstbezüge auf dieser Grundlage um nochmals 5,5 Prozent und die Anwärterbezüge um nochmals 50 Euro erhöht werden.

Die tariflichen Inflationsausgleichszahlungen sollen zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung übertragen werden. Dementsprechend erhalten Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen für das Jahr 2023 eine einmalige Inflationsabmilderungszahlung in Höhe von 1.800 Euro. Für das Jahr 2024 erhalten die Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen in den Bezugsmonaten von Januar bis Oktober monatlich 120 Euro.

Empfängerinnen und Empfänger von Anwärterbezügen und vergleichbaren Bezügen in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis erhalten für das Jahr 2023 eine einmalige Inflationsabmilderungszahlung in Höhe von

1.000 Euro sowie für das Jahr 2024 in den Bezugsmonaten von Januar bis Oktober monatlich 50 Euro.

Die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen erhalten die Inflationsabmilderungszahlungen unter Berücksichtigung des jeweils geltenden individuellen Ruhegehaltsatzes.

In einem Spitzengespräch am 4. Januar 2024 konstatierten sowohl Finanzministerium als auch dbb m-v übereinstimmend, dass mit dem am 19. Dezember 2023 auf den Weg gebrachten Besoldungsstrukturgesetz und der jetzigen Übertragung des Tarifergebnisses lediglich Mindeststandards umgesetzt werden.

„Für die Sicherstellung öffentlicher Daseinsvorsorge sind jedoch dringend Attraktivitätssteigerungen vonnöten. Hierzu erhielten wir unter anderem die Zusage des Finanzministers, dass er seinen am 8. September 2023 während der Nord-Finanzministerkonferenz in Schwerin gestarteten Versuch nach mehr Einheitlichkeit der Besoldung im norddeutschen Raum weiterverfolgen wird“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 30. Januar 2024. Weiterhin sei es unumgänglich, die Besoldung insgesamt zu überprüfen, insbesondere werde es dabei auch um die Zeitgemäßheit der bestehenden Eingangssämter gehen. Ein weiteres Thema müsse auch die Ruhegehaltstfähigkeit von Zulagen sowie die Erweiterung des Erschwerniszulagenkataloges sein. „Wir erwarten die zeitnahe Aufnahme entsprechender Gespräche mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen“, so Knecht abschließend.

## Baden-Württemberg

### **BBW unterstützt „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“**

**Das „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ wird von zahlreichen Organisationen in Baden-Württemberg getragen. Dazu gehören beispielsweise Kirchen, Landkreise, Städte und Gemeinden sowie Vereine, Parteien und Verbände – auch der BBW macht mit.**

Beim Auftakttreffen verabschiedeten die Teilnehmenden eine gemeinsame Erklärung: „In dem wir als demokratische Mehrheit unsere Kräfte bündeln, stellen wir uns gemeinsam gegen jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit und verteidigen die Grundwerte unserer Demokratie. In einem Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten in Baden-Württemberg erheben wir gemeinsam unsere Stimme gegen Verfassungsfeinde.“

In der Erklärung bekennen sich die Bündnispartner zu ihren gemeinsamen Werten und formulieren einen ersten Rahmen, wofür das Bündnis eintritt. Sie soll als Ausgangspunkt für die weitere Arbeit dienen, teilte der BBW am 1. Februar 2024 mit. Es wurden außerdem weitere Schritte des Bündnisses vereinbart. So soll möglichst bald eine Steuerungsgruppe eingesetzt werden, die weitere Maßnahmen koordiniert. Geplant werden sollen etwa eine gemeinsame Kampagne in den sozialen Medien und eine zentrale Kundgebung.

## Rheinland-Pfalz

### **Lenz: Investitionen in Daseinsfürsorge fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt**

**dbb Landeschefin Lilli Lenz hat sich am 26. Januar 2024 angesichts der aktuellen Stimmung im Land besorgt gezeigt: „Aktuell instrumentalisieren Demokratiefeinde die Krisen unserer Zeit für Hetze und Hass.“ Ein Mittel dagegen sei eine leistungsfähige öffentliche Daseinsfürsorge.**

„Auch, wenn es brenzlich ist, halten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Laden am Laufen. Trotz unzähliger Herausforderungen sichern die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Dienst am Gemeinwohl die Daseinsvorsorge und gleiche Lebens-, Rechts- und Wirtschaftsbedingungen in Deutschland“, betonte Lenz.

Es bestehe jedoch dringender Handlungsbedarf, damit das auch so bleibe. Lenz: „Es braucht weiter massive Investitionen in die Personalgewinnung auf allen Ebenen, um klaffende Personallücken aufzufüllen und die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu sichern.“

Das stärkt dann auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Staat.“

Der öffentliche Dienst müsse weiterhin Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse in Deutschland sein. Aktuell sei der Krisenmodus aber längst keine Ausnahme mehr, sondern vielmehr Normalzustand. Das betreffe auch und gerade die Menschen im öffentlichen Dienst, etwa in der Pflege, der Bildung, bei der Polizei oder Rettungskräfte. Sie alle seien mit Hass, Hetze, Rassismus und Populismus konfrontiert. „Ich wünsche mir gesellschaftlich lösungsorientierten Zusammenhalt und solidarisches Miteinander mit Respekt“, machte Lenz deutlich.

## Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

### **Deutsche Bahn: Streiks vorzeitig beendet, Verhandlungen laufen wieder**

**Die Deutsche Bahn (DB) hat ihre Blockadehaltung aufgegeben und Verhandlungsbereitschaft für die Kernforderungen der GDL schriftlich vereinbart. Die Tarifvertragsparteien nehmen auf der Basis dieser schriftlichen Vereinbarung die Verhandlungen wieder auf.**

Infolgedessen hat die GDL den laufenden Arbeitskampf im Güterverkehr vorzeitig am 28. Januar 2024 um 18:00 Uhr und den Streik im Personenverkehr (inklusive der City-Bahn

Chemnitz) am 29. Januar 2024 um 02:00 Uhr beendet. Ursprünglich sollten die Arbeitskämpfe in allen Unternehmen der DB AG und

der City-Bahn Chemnitz erst am 29. Januar um 18:00 enden.

Zur Durchführung der Verhandlungen haben sich die Tarifvertragsparteien eine Frist vom 5. Februar bis 3. März 2024 gesetzt. In diesem Zeitraum herrscht Friedenspflicht. Bis zum Abschluss der Verhandlungen erfolgt keine Kommunikation. Alle Inhalte, Zwischenstände, Zwischenergebnisse etc. unterliegen der strengen Vertraulichkeit und werden nicht nach außen getragen.

Der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky bezeichnete die Bereitschaft, über sämtliche Forderungen zu verhandeln und damit die Wiederaufnahme der Tarifver-

handlungen zu ermöglichen, als einen wichtigen Schritt zur richtigen Zeit: „Insbesondere die Verhandlungsbereitschaft der DB zur Arbeitszeitabsenkung für Schichtarbeiter ist zentral bedeutsam. Die Bereitschaft, auch über einen Tarifvertrag für die Infrastruktur zu verhandeln, ist nunmehr vorhanden. Im Falle einer Einigung wäre das ein starkes Signal für das gesamte Eisenbahnsystem und ein Schub hin zur Attraktivitätssteigerung der Eisenbahnberufe.“

Weitere Verhandlungsthemen sind unter anderem die GDL-Forderungen nach einer Entgelterhöhung und einer Inflationsausgleichsprämie sowie einem Bundesrahmentarifvertrag für die Fahrzeuginstandhaltung und der Tarifierung der Arbeitnehmer im Netzbetrieb.

## BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Finanzausschuss im Bundestag berät über Bekämpfung von Geldwäsche

**Am 29. Januar 2024 beschäftigte sich der Finanzausschuss des Bundestages in einer öffentlichen Anhörung mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität. Auch der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel war als Sachverständiger geladen.**

Liebel wies auf den Ausgangspunkt der Debatte um Geldwäsche hin, nämlich die Kritik der Prüfung der Financial Action Task Force (FATF), dem internationalen Expertengremium zu Finanzkriminalität, an der mangelnden Priorisierung der Geldwäschebekämpfung in Deutschland. Diese sei durch einen zu starken juristischen Fokus auf die Vortaten als solche, nicht aber auf die Ermittlung eigentlich inkriminierter Finanzflüsse ausgelegt. Liebel unterstrich, dass die neue Behörde BBF einen echten Mehrwert bringen müsse, der darin besteht, verfahrensunabhängige Finanzermittlungen zu führen, die sich nicht nur gegen das „Fußvolk“ der Geldwäscher, sondern die Hintermänner richten. Die BBF biete die Gelegenheit, entsprechende Kompetenzen so zu bündeln, dass diese Lücke im Behördenapparat geschlossen werden kann. Dies sei ein komplexes Unterfangen und solle deshalb im Gesetzgebungsverfahren sichergestellt werden.

Als positiv hob Liebel hervor, dass die BBF geldwäschespezifische Fortbildungen anbieten könne, die es in dieser Form in der Zollverwaltung noch nicht gebe und von denen auch die

Bundesländer profitieren sollen. Eine entsprechende Stärkung der Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen (GFGen) mit den Bundesländern halte der BDZ für ebenso erforderlich wie die Fortführung der Praxis, Verbindungsbeamte des Bundes in den Landeskriminalämtern zu haben.

Deutliche Kritik übte Liebel an der vorgesehenen Schwächung der Sachgebiete C, die Stellen abgeben sollen, um Wachschatz für die Liegenschaften der Bundesfinanzverwaltung zu leisten. Eine entsprechende Änderung des Zollverwaltungsgesetzes ist im Entwurf des Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes vorgesehen. Zollbeamtinnen und Zollbeamte seien schlicht überqualifiziert, um das Berliner Bundesfinanzministerium, den Bundesrat und mögliche andere Einrichtungen zu schützen. Zudem stelle sich die Frage, wie diese Vollzugskräfte in besonderen Gefahrenlagen wie etwa bei Terrorangriffen) ausgerüstet sein sollen. Hier müsste in jedem Fall nachgebessert werden, um einen echten Schutz der Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten.

---

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

## 62. Verkehrsgerichtstages: Verkehrssicherheitsarbeit gestärkt

**Die DPoIG zieht eine positive Bilanz des 62. Verkehrsgerichtstages in Goslar, der am 26. Januar 2024 mit den Empfehlungen der einzelnen Arbeitskreise endete. Marco Schäler, Mitglied der DPoIG Verkehrskommission, sagte: „Der diesjährige Verkehrsgerichtstag hat die Signale eindeutig in Richtung Stärkung der Verkehrssicherheit gestellt. Nun kommt es auf den Gesetzgeber an, die Empfehlungen mit Leben zu füllen und auf den Weg zu bringen.“**

Besonders zwei Empfehlungen seien aus polizeilicher Sicht hervorzuheben. Zum einen die Einziehung von Fahrzeugen nach Trunkenheitsfahrten. Diese sind schon jetzt strafbar, das Fahrzeug konnte bis dato jedoch nicht eingezogen werden. Das soll sich ändern. Schäler: „Bei schweren Unfällen sind häufig Alkohol- und/oder Drogeneinfluss die Ursache. An dieser Stelle die Möglichkeit zu eröffnen, das Fahrzeug einzuziehen, dient nachweislich der Verkehrssicherheit, da dadurch zukünftige Trunkenheitsfahrten verhindert werden können.“ Einen bestimmten Grenzwert soll es laut der Empfehlungen nicht geben, Voraussetzung soll aber sein, dass der Täter in den vergangenen fünf Jahren schon einmal wegen einer

Trunkenheitsfahrt rechtskräftig verurteilt wurde.

In einem weiteren Arbeitskreis unterstützt die DPoIG ebenfalls die beschlossene Empfehlung: Nach Unfällen mit Blechschäden soll das unerlaubte Entfernen vom Unfallort weiterhin strafbar sein. Kommissionsmitglied Schäler: „Eine Abstufung zur Ordnungswidrigkeit wäre das falsche Signal gewesen. Richtig aus Polizeisicht ist es aber, die Regelungen praxistauglicher zu gestalten.“ So soll es künftig eine Mindestwartezeit geben. Zudem empfiehlt der Arbeitskreis die Einrichtung einer neutralen Meldestelle.

## Namen und Nachrichten

Entlastung, wo sie nötig ist, und Aufwertung, wo sie fehlt – mit diesem Credo ist der **dbb** in die erste Verhandlungsrunde für den TV-N Berlin gestartet. Der Fokus des dbb liegt auf den Beschäftigten im Fahrdienst und in den Werkstätten. Die erste Verhandlungsrunde am 29. Januar 2024 nutzten die Gewerkschafter, um den Arbeitgebenden ihre Forderungen und Erwartungen zu verdeutlichen. Die prekäre Personalsituation bestimmt die aktuellen Tarifverhandlungen. BT und BVG mussten deswegen bereits ihre Leistung herunterfahren. Das Gegenmittel: Es gilt, bestehendes Personal zu halten und neues zu gewinnen. Ein konkretes Angebot der Arbeitgebenden fehlt trotzdem, obwohl die Forderungen schon lange bekannt sind. Im Rahmen sachlicher Gespräche haben sich beide Seiten für neue Verhandlungen verabredet. Trotz der schwierigen Ausgangslage eint die Tarifpartner das gemeinsame Interesse an einem funktionierenden Berliner Nahverkehr. Weitere Schritte und auch Streikaktionen, sollten diese Erwartungen enttäuscht werden, behält sich der dbb ausdrücklich vor.

Der Chef des Bayerischen Beamtenbundes (**BBB**) Rainer Nachtigall hat sich im Landtag mit den Abgeordneten Josef Zellmeier (Vorsitzender des Haushaltsausschusses) und Klaus

Holetschek (CSU-Fraktionsvorsitzender) getroffen, um über aktuelle Themen des öffentlichen Dienstes zu beraten. Im Mittelpunkt stand dabei vorwiegend der Beschluss des Kabinetts zum Doppelhaushalt 2024/2025 und die darin enthaltenen Planungen, 5.000 Stellen im öffentlichen Dienst einzusparen. Auch über die aktuellen Besoldungsanpassungen wurde ausführlich gesprochen, teilte der BBB am 1. Februar 2024 mit.

Der Landesvorstand des **dbb berlin** hat in seiner Sitzung am 30. Januar 2024 einstimmig die folgende Resolution verabschiedet: „Mit großer Besorgnis beobachtet der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) das Erstarken extremistischer Kräfte in Deutschland, die an den Grundfesten unserer demokratischen Verfassung rütteln. Der dbb berlin stellt sich klar gegen jedes extremistische Gedankengut. Insbesondere im öffentlichen Dienst, der Recht und Gesetz in besonderer Weise verpflichtet ist, hat keinen Platz, wer nicht mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Der öffentliche Dienst ist ein Garant für den Erhalt der freiheitlich demokratischen Grund- und Werteordnung, die das Fundament des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft ist.“

Für den dbb berlin als gewerkschaftliche Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes gelten die demokratischen Wertevorstellungen uneingeschränkt. Wir widersetzen uns mit voller Kraft allen Strömungen, die demokratische Prinzipien, sei es z. B. durch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus oder durch Hetze und Gewalt, aushöhlen wollen. Der dbb berlin steht an der Seite all jener, die sich für Demokratie einsetzen.“

Am 26. Januar 2024 fand eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag von Nordrhein-Westfalen statt. Daran nahmen auch Vertreter des **DBB NRW** teil, um an die Millionen Menschen zu erinnern, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr das Gedenken an die Opfergruppe der Sinti und Roma. Rund eine halbe Million Menschen dieser Gruppe wurden von den Nationalsozialisten getötet, mehr als zwei Drittel aller deutschen Sinti und Roma.

Der **dbb Hessen** hat am 1. Februar 2024 einen Bericht der „Hessenschau“ kritisiert. Darin ging es demnach um die tödlichen Schüsse, die Polizisten auf einen Mann abgaben, der Frauen mit einer Schere attackiert hatte. „Wir hätten das Geschehen gerne in einem Gesamtkontext gesehen, in der auch die Folgen, die der Angriff auf die Opfer hat und künftig haben wird, deutlicher Erwähnung gefunden hätten“, sagt der dbb Landesvorsitzende Hein Schmitt. In dem Beitrag sei stattdessen wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die genauen Umstände des Polizeieinsatzes ermittelt werden müssten. Dadurch entstehe der Eindruck eines unterschweligen Vorwurfs an die Polizeibeamten. Schmitt: „Es ist vollkommen unstrittig, dass der Hergang lückenlos aufgeklärt werden muss, wofür die Ermittlungs- und Justizbehörden sorgfältig sorgen werden. Aber die Folgen für die Opfer, die ein solcher Angriff, der völlig unvorbereitet über die Frauen hereinbrach, gänzlich unerwähnt zu lassen, traumatisiert die Opfer gleich ein zweites Mal.“

### Termine:

14. Februar 2024

#### **Einkommensrunde Hessen: Auftakt**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

14. - 16. März 2024

#### **Einkommensrunde Hessen: Verhandlungen**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

18. April 2024

#### **18. Frauenpolitische Fachtagung**

**„Familie, Sorgearbeit, Altersarmut - die CAREseite der Medaille“**

Weitere Informationen unter [www.dbb-frauen.de](http://www.dbb-frauen.de)